

Die Stadt legt sich auf die Lauer

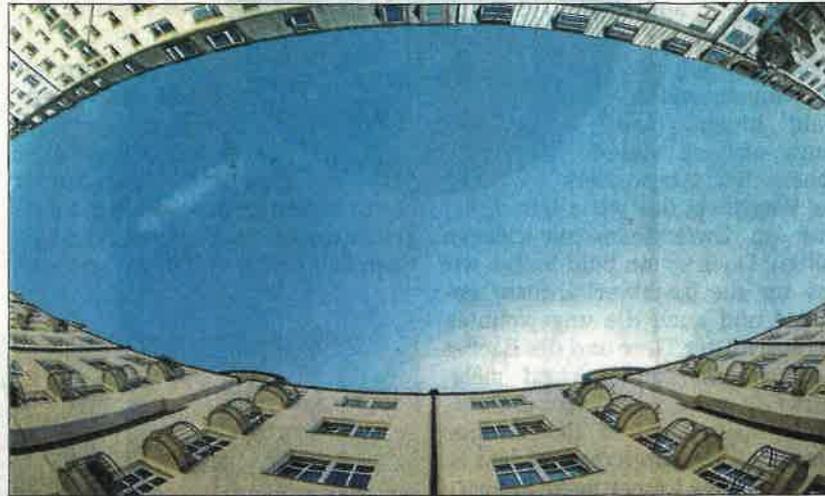
Das Sozialreferat will künftig noch schärfer gegen illegales Vermieten vorgehen

München. (zif) Es passiert über Internetportale wie Airbnb, Wimdu und Co.: Da vermieten Münchner ihre Wohnung an Touristen unter. An sich nichts Verwerfliches. Für maximal acht Wochen im Jahr ist das erlaubt. Wenn es aber mehr wird: Dann schrillen bei der Stadt die Alarmglocken. Der Grund: Wohnungen sind in erster Linie immer noch zum Wohnen da. Werden sie länger wie ein Hotelzimmer vermietet, erfüllt das den Tatbestand der Zweckentfremdung.

Bei der Stadt fahndet seit 2015 deshalb eine Gruppe von Wohndetektiven nach illegal untervermieteten Wohnungen. Es könne schließlich nicht sein, schimpft Sozialreferentin Dorothee Schiwy (SPD), dass sich einige Leute mit zweckentfremdeten Wohnungen die Taschen vollmachen und andere eine halbe Ewigkeit nach einer bezahlbaren Wohnung suchen müssten.

125 Gerichtsverfahren

Seit Gründung der Sonderkommission hat die Stadt München 125 Gerichtsverfahren wegen Zweck-



In München fahndet seit 2015 eine Gruppe von Wohndetektiven nach illegal untervermieteten Wohnungen.

Foto: dpa

entfremdung eingeleitet. In 69 Fällen bekam die Stadt recht, sieben Mal zog sie aber den Kürzeren. Die übrigen 49 Verfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Nicht jeder Fall landet aber vor Gericht. Wenn die Fahnder auf eine Wohnung aufmerksam werden, in der auffällig häufig wechselndes Publikum ein und aus geht, startet

erst einmal ein Prüfverfahren. Die Ermittler checken bei den einschlägigen Portalen, ob die Wohnung dort als Feriendomizil angeboten wird. Es folgen mehrere Vor-Ort-Ermittlungen. Liegt ein begründeter Tatverdacht vor, wird der Mieter vorgeladen. Macht er weiter, ergeht ein Bescheid gegen die illegale Nutzung. Erst bei weiteren Verstößen

landet der Fall vor Gericht. Allein 2017 konnte die Stadt auf diese Weise 298 Wohnungen wieder dem regulären Mietmarkt zuführen. Der Aufwand lohnt sich also, findet man im Sozialreferat. Der Bau von 298 Sozialwohnungen würde die Stadt rund 69 Millionen Euro kosten.

Mehr Wohnungsdetektive

Der Stadtrat bewilligte deshalb jüngst drei weitere Stellen für Wohndetektive. Seit im Januar dieses Jahres die Meldeplattform raum-fuer-muenchen.de online gegangen ist, gibt es nämlich noch mehr zu tun als früher. Bis Ende August waren aus der Bevölkerung 791 Hinweise auf womöglich zweckentfremdete Wohnungen über die Plattform eingegangen.

Und noch eine Neuerung gibt es: Das Sozialreferat will künftig alle Meldungen über vermutete illegale Zweckentfremdungen an das Finanzamt weiterleiten. Dort soll dann geprüft werden, ob die aus der Weitervermietung entstandenen Einnahmen auch ordnungsgemäß versteuert wurden.